



### Presseschau vom 29.08.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

#### de.sputniknews.com: **Merkel und Selenski streben baldigen Gipfel im Normandie-Format an**

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky (Wladimir Selenski) haben sich laut dem Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, bei einem Telefonat am Mittwoch dafür ausgesprochen, möglichst schnell ein Gipfeltreffen im Normandie-Format abzuhalten.

Wie aus einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) folgt, waren sich die Bundeskanzlerin und der Präsident darin einig, dass die Minsker Vereinbarungen vollständig umgesetzt werden müssten.

Sie strebten ein baldiges Gipfeltreffen im Normandie-Format an.

Im Mittelpunkt des Gesprächs hätten die Lage in der Ostukraine sowie die weiteren diplomatischen Bemühungen im Normandie-Format aus Deutschland, Frankreich, der Russischen Föderation und der Ukraine gestanden, heißt es.

Zuvor am Mittwoch hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärt, der russische Präsident Wladimir Putin trete für ein Treffen im Normandie-Format ein. Für dessen Vorbereitung müsse aber irgendwer eine „Hausarbeit“ ausführen.

Am Montag hatte der französische Staatschef Emmanuel Macron seine Pläne verkündet, im September einen Gipfel im Normandie-Format zur Regelung der Ukraine-Krise durchzuführen. Macron hat nach seinen eigenen Worten diese Pläne bereits mit den Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Wolodymyr Selensky, erörtert.

...

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28.08.2019**

Die ukrainischen Besatzer aus der 30. Brigade unter Kommando von Garas haben ab 20:50 Uhr dreißig Minuten lang die **Siedlung des Bergwerks 6/7 in der Vorstadt von Gorlowka** beschossen.

Der anhaltende Beschuss von der ukrainischen Seite zeugt von ihrem völligen Unwillen, den Waffenstillstand und die internationalen Vereinbarungen einzuhalten.

Mehr noch, ein solches Verhalten der Besatzer demonstriert weiterhin die völlige Unkontrolliertheit der Militärjunta von Seiten der politischen Führung des Landes. Eine nicht geringe Verantwortung für den fortgesetzten Beschuss liegt auch bei den internationalen Beobachterorganisationen, die aufgerufen sind, Garanten der Einhaltung der geltenden Vereinbarungen zu sein.

**vormittags:**

Telegram-Kanal Marotschko Live (Telegram-Kanal des früheren offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko, der derzeit als Oberstleutnant im Ruhestand u.a. journalistischer Tätigkeit nachgeht; Anm. d. Übers.):

Heute will ich aus meiner Sicht eine äußerst spezifische Untersuchung kommentieren, die das Berliner für Osteuropa- und internationale Studien (ZoiS) heute auf seiner Seite veröffentlicht hat und die die Deutsche Welle, wie man so sagt, unter die Massen gebracht hat.

Warum gerade heute? Wenn ich ehrlich bin, ich habe die Reaktionen auf die Angaben, die in der „Untersuchung“ vorgebracht werden erwartet, aber davon etwas später.

Also, der Reihenfolge nach. Was ist dieses ZoiS und vorher kommt es?

ZoiS wurde auf Entscheidung des Bundestags geschaffen und wird vom Außenministerium der BRD finanziert. Auf der Seite des Zentrums, in der Abteilung „Über uns“ steht, dass das ZoiS ein unabhängiges interdisziplinäres wissenschaftliches Forschungsinstitut ist. Bei mir hat sofort das Wort unabhängig Verdacht hervorgerufen und in der Abteilung Struktur habe ich die Bestätigung all dieser „Unabhängigkeit“ gefunden.

Die Unabhängigkeit dieses Zentrums beschränkt sich auf leere Worte und jegliche Grundlage. Dies ist ein weiteres Tochterunternehmen der deutschen Regierung und arbeitet ausschließlich in deren Interesse. Wie man sagt: „Wer zahlt bestimmt die Musik“.

Jetzt zu der Untersuchung selbst, die zu dem Zweck durchgeführt wurde, zu erfahren, ob die Einwohner der „selbst ausgerufenen Republiken“ ihr Territorium für einen Teil der Ukraine halten.

„Das Ergebnis der Untersuchung ist das folgende:

„Gemäß den Ergebnissen der Umfrage halten 54,5% der Befragten, die in den „einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblast“ leben, diese Territorien für einen Teil der Ukraine. Von diesen möchten 31%, dass die Territorien einen autonomen Status innerhalb der Ukraine erhalten und 23,5% treten für die Rückkehr in die Ukraine als Donezker und Lugansker Oblast ohne irgendwelche Änderungen ein“.

Diese Ergebnis waren zu erwarten, weil sie klar Auftragscharakter haben.

Jetzt setzen wir uns damit auseinander, WIE die Untersuchung selbst durchgeführt wurde.

Die Schlüsse der deutschen Forscher sind auf den Ergebnissen einer Umfrage gegründet, die im Donbass im Februar und März dieses Jahres durchgeführt wurde. Auf dem Territorium der „einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblast“ wurde die Umfrage telefonisch durchgeführt, in den von Kiew kontrollierten Teilen der beiden Oblast durch persönliche Interview. Auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie wurden jeweils 1200 Personen befragt.

Und nun das interessanteste. Stellen wir uns ein Modell der Situation vor. Sie werden von einer unbekanntem Nummer auf „Vodafone“ angerufen, weil dies der einzige Operator ist, der

auf beiden Territorien funktioniert und der Teilnehmer am anderen Ende der „Leitung“ sagt beispielsweise: „Guten Tag! Wir sind eine unabhängige deutsche Agentur, könnten Sie bitte auf ein paar Fragen antworten? Halten Sie die Volksrepublik für einen Teil der Ukraine und wollen Sie nicht zurück in die Ukraine?“ Was tun Sie? Es kommen nur Zweifel und Befürchtungen auf. Die Fragen sind gelinde gesagt provokativ... Deshalb sind auch meine Zweifel bezüglich der Durchführung einer solchen telefonischen Umfrage völlig begründet, ja und woher haben die Deutschen eigentlich die Telefonnummern der Bürger her, die auf dem Territorium der LVR und der DVR leben?

Die persönlichen Interviews rufen auch Zweifel hervor. Stellen wir uns wieder ein Modell vor. Sie passieren einen KPP auf den von der Ukraine kontrollierten Teil, Ihre Dokumente werden überprüft, man wühlt in Ihren persönlichen Sachen, rund herum stehen bewaffneten Personen mit Sturmhauben, Sie werden von Vertretern des SBU beobachtet. Wenn alle Prozeduren im Grund beendet sind, kommen unbekannte Personen und beginnen, Ihnen Fragen zu stellen, auf die Sie im Fall unrichtiger Antworten nach der ukrainischen Gesetzgebung hinter Gittern landen können...

Aus all dem lässt sich nur ein Schluss ziehen. Dies ist ein weiterer qualitativ minderwertiger Fake, der darauf gerichtet ist, die Ideen zu unterstützen, dass unsere Bürger in die Ukraine zurück wollen. Meiner Meinung nach, hat niemand diese Umfrage durchgeführt. Ich kenne keinen einzigen Menschen, der einen solchen Anruf erhalten hat. Die Anrufe zu überprüfen ist unmöglich, und die Menschen, die noch einen Kopf auf den Schultern haben, werden nicht dem Erstbesten ihre Meinung sagen. Und selbst wenn man annimmt, dass die Umfrage tatsächlich durchgeführt wurde, kann man ihre Ergebnisse nicht als Meinung aller Einwohner auffassen, weil die genannten 1200 Befragte nicht einmal 0,1% der Einwohner der Republiken ausmachen. Reaktionen auf diese Untersuchungen von Seiten der Öffentlichkeit sind nicht erfolgt und das heißt, wir werden es noch mehrfach mit dieser Art von Fakes zu tun haben, wie man so sagt: „Wenn die Pille nützt – warum dann nicht?“.

(Die angegebene Untersuchung ist hier zu finden; Anm. d. Übers.): [https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS\\_Reports/ZOiS\\_Report\\_3\\_2019.pdf](https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS_Reports/ZOiS_Report_3_2019.pdf)

mil-lnr.info: Am 28. August haben die bewaffneten Formationen der Ukraine zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt. Der Gegner eröffnete das Feuer auf unsere Verteidiger mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art und großkalibrigen

Maschinengewehren auf Nishneje Losowoje und Golubowkoje.

In der Folge der Beschüsse wurden folgende Schäden festgestellt:

Golubowskoje

Schirokaja-Straße 27 – Schaden an einem Wirtschaftsgebäude

Schirokaja-Straße 29 – Fensterverglasung eines Wohnhauses beschädigt;

Schirokaja-Straße 41 – Fassade und Fensterverglasung des Dorfklubs beschädigt;

Jubilejnaja-Straße 66 – Fensterverglasung und Fassade eines Wohnhauses beschädigt.

Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz gibt es nicht.

de.sputniknews.com: „**Warum nicht?„: Erdogan schließt Kauf russischer Su-35 und Su-57 statt US-F-35 nicht aus**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat gegenüber türkischen Journalisten die Möglichkeit eines Kauf russischer Kampffjets vom Typ Su-35 und Su-57 statt amerikanischer F-35 nicht ausgeschlossen. Dies berichtet der TV-Sender „CNN Turk“.

„Warum nicht? Wir sind hier nicht umsonst hergekommen“, wird Erdogan vom TV-Sender zitiert. Somit reagierte der Präsident auf die Frage von Journalisten, ob Ankara die russischen Flugzeuge als Alternative für den F-35-Kauf betrachte. Die Entscheidung werde getroffen, nachdem die endgültige US-Position bekannt geworden sei. „Der Markt, auf dem wir unseren Bedarf decken können, ist groß“, fügte er hinzu.

Am Dienstag hatten der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin die Internationale Luft- und Raumfahrtmesse MAKS-2019 besucht. Laut dem Chef der russischen Föderalen Behörde für militärtechnische Zusammenarbeit (FSWTS), Dmitri Schugajew, zeigte Erdogan Interesse an den russischen Maschinen der Typen Su-35, Su-57 und MiG-35.

Zuvor war berichtet worden, dass die USA ein Verbot für die Ausfuhr von F-35-Jets an die Türkei verhängt hätten, nachdem Ankara russische S-400-Luftabwehrsysteme gekauft hatte.

Am Mittwoch hatte der Pentagon-Chef Mark Esper erklärt, dass die USA die Möglichkeit der Türkei-Rückkehr ins F-35-Programm erwägen könnten.

„Sie sollen das S-400-Programm völlig abschaffen, diese (Systeme) aus dem Land wegziehen, und dann können wir dies erwägen“, wird Esper von internationalen Medien zitiert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32566/61/325666154.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 27. August 3:00 Uhr bis 29. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Isotow-Bergwerks), Sajzewo, Dolomitnoje, Schirokaja Balka, Krutaja Balka, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss der BFU auf Gorlowka folgende Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt:

- Nemirowitsch-Dantschenko-Straße 7a (Verkaufstände am Markt „Karat“);
- Nemirowitsch-Dantschenko-Straße 9 (Abteilung für soziale Rehabilitation des Gefängnisses Nr. 27 im Kalininskij-Bezirk).

Außerdem wurden infolge von Beschuss auf Sajzewo drei Häuser beschädigt:

- Rybalko-Straße 169 (Wirtschaftsgebäude beschädigt);
- Brusilow-Straße 14 (Fensterverglasung);
- Rybalko-Straße 218 (beschädigt sind Fensterverglasung, Türen, Dach des Hauses).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 108.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die

Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 28.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Irans Außenminister Sarif: Washington betreibt**

### **Wirtschaftsterrorismus**

Der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif hat am Donnerstag den USA „wirtschaftlichen Terrorismus“ vorgeworfen und die Einhaltung des Atomdeals gefordert. Er stellte fest, dass die USA zuerst das Atomabkommen von 2015 einhalten sollten, wenn sie sich zu Gesprächen mit dem Iran treffen möchten.

„Die Vereinigten Staaten sind in einen Wirtschaftskrieg gegen das iranische Volk verwickelt und wir können mit ihnen nicht in Kontakt treten, wenn sie nicht aufhören, diesen Krieg zu führen und wirtschaftlichen Terrorismus gegen das iranische Volk zu betreiben“, sagte Zarif gegenüber Reportern in Kuala Lumpur.

Wenn Washington also „an den Verhandlungstisch zurückkehren“ möchte, sollte es „ein Ticket dafür kaufen“. Dieses Ticket sei die Einhaltung des Abkommens, fügte er hinzu.

Die Spannungen zwischen dem Iran und den USA haben sich nach dem letztjährigen Ausstieg Washingtons aus dem Atomabkommen von 2015 und einer anschließenden Verhängung von Sanktionen gegen Teheran verschärft. Vor kurzem hatte Washington seine militärische Präsenz in der Region ausgebaut und versucht, eine regionale Koalition gegen den Iran zu bilden.

Teheran reagierte auf die Maßnahmen der USA mit einem Teilausstieg aus dem Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan JCPOA. Iran würde demnach alle 60 Tage seine Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens teilweise aufgeben, bis die anderen Unterzeichnerstaaten seine Interessen respektieren. Zu den Schritten Teherans gehört in erster Reihe die Erhöhung der Urananreicherung.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 6:20 Uhr **Sajzewo** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen. Insgesamt wurden 6 Mörsergeschosse in Richtung der Ortschaft abgefeuert.

Infolge eines direkten Treffers eines Mörsergeschosses entstand ein Brand in der Geroitscheskaja-Straße 118. Ein Wohnhaus brannte vollständig ab.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **US-Militärhilfe für Ukraine: Trump ordnet Nachprüfung an – Medien**

US-Präsident Donald Trump hat das nationale Sicherheitsteam beauftragt, die Summe der Finanzhilfe für die Ukraine im Rahmen des Programms „Ukraine Security Assistance Initiative“, die aktuell 250 Millionen US-Dollar beträgt, nachzuprüfen. Dies berichtet die Zeitung „Politico“ unter Berufung auf einen unbekanntem hochrangigen Sprecher der US-Administration.

Somit wolle der amerikanische Präsident sicherstellen, dass die von den USA zur Verfügung gestellten Geldmittel am besten im US-Interesse genutzt werden. Diese Frage werde nun behandelt. Dabei sollen dem US-Staatschef auch der Pentagon-Chef Mark Esper und der nationale Sicherheitsberater John Bolton helfen. Das für Kiew vorgesehene Geld soll derzeit eingefroren worden sein.

Im März war mitgeteilt worden, dass die USA für das kommende Jahr 250 Millionen US-



Dollar (etwa 221 Millionen Euro) im Rahmen der Militärhilfe für die Streit- und Sicherheitskräfte der Ukraine bereitzustellen plane. Der Haushaltsentwurf des US-Verteidigungsministeriums sieht für das Jahr 2020 neben der finanztechnischen Unterstützung für die ukrainischen Streit- und Sicherheitskräfte außerdem auch den Ersatz bzw. Austausch der zuvor an Kiew übergebenen Militärausrüstung vor.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30739/33/307393332.jpg>

### **Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.08.2019**

Wir haben eine **Verstärkung der Aufklärung des Gegners unter Einsatz von Drohnen und Diversions- und Erkundungsgruppen** in Richtung Gorlowka festgestellt.

Heute Nacht haben unsere Verteidiger einen ungleichen Kampf mit einer solchen Gruppe gehabt. Wir haben unsere Positionen nicht aufgegeben.

Infolge eines Gefechts **starb einer unserer Verteidiger und einer wurde schwer verletzt**. Er befindet sich derzeit in einer medizinischen Einrichtung und erhält die notwendige medizinische Behandlung. **Drei unserer Verteidiger sind vermisst**. Wir führen Suchmaßnahmen durch.

Es ist wichtig anzumerken, dass bei der Untersuchung der Leiche unseres Verteidigers, der während des Kampfes starb, festgestellt wurde, dass ein Ohr fehlte. Nach der Art der Verletzung haben Spezialisten den Schluss gezogen, dass es nach seinem Tod mit einem Schneidewerkzeug abgeschnitten wurde. Wir schließen nicht aus, dass die die Tat der Diversionsgruppe ist, die sich so eine Trophäe verschafft hat, die den Mord an unserem Soldaten bestätigt.

### **de.sputniknews.com: Nordkaukasus: FSB vereitelt Terroranschläge**

Der russische Inlandgeheimdienst FSB hat Terroranschläge in Kabardino-Balkarien vereitelt. Bei der Prüfung operativer Informationen im Waldgebiet nahe den Ortschaften des Bezirkes Urwan in Kabardino-Balakrien wurde demnach ein Versteck mit zwei einsatzbereiten, selbstgebastelten Sprengsätzen mit einer hoher Detonationskraft entdeckt.

Es sei zu gefährlich gewesen, die Bomben zuerst zu einem ungefährlichen Ort zu transportieren, deswegen seien sie vor Ort entschärft worden.

Anschließend konnten die FSB-Mitarbeiter den mutmaßlichen Hersteller der Sprengsätze festnehmen. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen Einheimischen, der zuvor für terroristische Aktivitäten verurteilt worden sei.

Der Mann gestand, dass er „Diversions- und Terrorakte gegen Objekte der Sicherheitsbehörden und Staatsstrukturen“ vorbereitet hatte. Der FSB gab keine weiteren Details dazu, ob der Mann mit einer Terrororganisation verbunden sei oder im Alleingang

agiert habe.

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**  
Unsere Aufklärung hat genauere Informationen über das **Schicksal der bei dem nächtlichen Gefecht vermissten Soldaten der Volksmiliz der DVR** erhalten.

So wurden unsere Verteidiger nach uns vorliegenden Informationen **von Kämpfern des nazistischen Regiments „Asow“ gefangen genommen** und befinden sich derzeit auf einem Kommandopunkt der Nazisten in Nowoluganskoje. Vom Stab der OOS wurde eine Ermittlung dazu aufgenommen, dass Informationen über Einzelheiten der Durchführung von Aufklärungsaktivitäten der ukrainischen Kämpfer in die Massenmedien durchgesickert sind. Mehr noch, **die ukrainischen Faschisten weigern sich, die Gefangenen an den übergeordneten Stab zu übergeben und führen mit ihnen Verhöre unter Einsatz physischer Gewalt, Ausschreitungen und Folter durch.** Es ist wichtig anzumerken, dass im Bericht der Nazisten angegeben ist, dass nur einer unserer Verteidiger gefangen genommen wurde.

Wir fordern von den internationalen Organisationen, sich unverzüglich in diese Verstöße gegen die Anforderungen internationaler Konventionen zum Umgang mit Gefangenen einzumischen und die Ausschreitungen gegenüber unseren Soldaten zu beenden.

Außerdem rufen wir dazu auf, den Fall von Verletzung der geltenden Minsker Vereinbarungen in Fragen der Durchführung von Aufklärung und Überschreitung der Kontaktlinie durch die Ukraine festzuhalten. Solche Handlungen bewerten wir als offene Aggression gegen unsere Republik von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine.

Wir schließen nicht aus, dass der Ausfall der „Asower“ ein einziges Ziel hatte – den geltenden Waffenstillstand vollständig zum Scheitern zu bringen und eine Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses in der Zukunft zu verhindern, weil die Aggression der Besatzer eindeutig eine adäquate Antwort von unserer Seite erhalten wird.

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Merkel telefoniert mit Putin – diese Themen standen auf der Agenda**

Bundeskanzlerin Merkel hat am Donnerstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert. Dies teilte der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, mit. Seibert nannte die Themen, die auf der Agenda des heutigen Telefonats standen.

**Syrien**

Die Bundeskanzlerin und der russische Präsident tauschten sich demnach über die aktuelle Situation in Syrien aus, „insbesondere über die militärische Eskalation im Nordwesten des Landes und über den Einstieg in einen politischen Prozess unter Führung der Vereinten Nationen zur Überwindung des Konflikts“. Merkel und Putin bekräftigten dabei ihre Unterstützung für die Arbeit des UN-Sondergesandten Pedersen.

**Libyen**

Unter anderem besprachen die beiden die Situation in Libyen. „Die Gesprächspartner waren sich in ihrer Unterstützung für die Pläne des UN-Sondergesandten Salamé einig“, hieß es in der Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

**Ukraine**

Außerdem einigten sich Merkel und Putin auf die Fortsetzung der Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen im Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine). Ziel sei es, die Umsetzung des Minsker Abkommens voranzutreiben. Dabei verwiesen die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Staatschef Wladimir Putin auf die Dringlichkeit, die Gespräche über die zukünftigen Gastransitverträge zu beschleunigen.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**  
Nach uns vorliegenden Informationen hat die grobe **Verletzung des Waffenstillstands durch Nazisten von „Asow“ unter der genauen Beobachtung von Vertretern ausländischer Streitkräfte** stattgefunden.

So befindet sich nach uns vorliegenden Informationen derzeit eine Gruppe litauischer Soldaten unter Leitung von Major Vaidas Ziogas auf dem Kommandopunkt der Kämpfer von „Asow“. Zuvor hatten die Litauer den Stab der OOS und einen Kommandopunkt der 30. Brigade besucht.

Wir schließen nicht aus, dass die Handlungen der „Asower“ direkt mit der Ankunft der ausländischen Soldaten zusammenhängen – nach uns vorliegenden Informationen finden derzeit in Vilnius vertrauliche Verhandlungen zwischen Vertretern der militärischen Behörden Litauens und der Ukraine zur Frage der Leistung von Militärhilfe an die letztere statt. Dieser Ausfall ist der Versuch, die militärischen Möglichkeiten der BFU gegenüber den ausländischen Militärs klar zu demonstrieren.

Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft die richtigen Schlüsse bezüglich der Handlungen der ukrainischen Seite in Fragen der Einhaltung des Waffenstillstands ziehen wird und besondere Aufmerksamkeit auf die Beteiligung einiger EU-Staaten daran richten wird.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Akt von Schändung der Leiche unseres getöteten Verteidigers, bei der ihm ein Ohr abgeschnitten wurde, möglicherweise die Folge einer weiteren Etappe von Versuchen ist, die Kämpfer der BFU zu prämiieren, wenn sie der Volksmiliz Schaden zufügen. So werden die Kämpfer nach derzeit verbreiteten Anweisungen für die Vernichtung von ziviler und militärischer Technik, die sich in der Nähe der Kontaktlinie befindet, prämiert und durch einen gesonderten Absatz sind Auszeichnungen für die Tötung oder Verletzung unserer Soldaten vorgesehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das abgeschnittene Ohr ein Beweis für den Mord gegenüber den Anführern der BFU sein wird.

de.sputniknews.com: **Nursultan Nasarbajew lädt zu Dialog ein: System der Atomwaffenkontrolle erneuern**

Der frühere Präsident Kasachstans und heutige Chef des staatlichen Sicherheitsrates, Nursultan Nasarbajew, hat die Staatschefs der Nuklearmächte aufgerufen, sich in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan an den Verhandlungstisch zu setzen, berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort.

„Die globale Gemeinschaft müsste Weisheit an den Tag legen und entschiedene Schritte zu einem Dialog über die Zukunft unseres Planeten unternehmen. Dieser Dialog wird ergebnisreich sein, wenn vor allem die Staatschefs der Nuklearmächte sich an den Verhandlungstisch setzen“, sagte Nasarbajew bei der festlichen Überreichung des von ihm gestifteten Preises für eine Welt ohne Atomwaffen und für globale Sicherheit.

„Ich habe offiziell vorgeschlagen, dass die Hauptakteure in dieser Sphäre – die Staatschefs der USA, Russlands, Chinas und anderer Nuklearmächte – in unserer Hauptstadt zusammentreffen und Verhandlungen führen“, so Nasarbajew.

Er merkte an, dass die Oberhäupter der größten Staaten immer die Verantwortung für die Zukunft der Menschheit auf sich genommen hätten. „Es ist gerade an der Zeit, sich hinzusetzen und zu verhandeln, denn alle Konflikte enden mit Verhandlungen“, so Nasarbajew.

Er betonte, die Nuklearmächte müssten den Staaten, die freiwillig auf Nuklearwaffen verzichtet haben, Sicherheitsgarantien bieten. „Sicherheitsgarantien müssen den Staaten, die freiwillig auf Nuklearwaffen verzichtet haben, sowie nuklearfreien Staaten gewährt werden“, so Nasarbajew.

Ohne diese Maßnahme wäre es zumindest naiv, zu erwarten, dass man aufhören würde zu



versuchen, Nuklearwaffen in seinen Besitz zu bekommen. „Es ist notwendig, die archaische Konzeption der strategischen Stabilität auf der Grundlage der Nuklearwaffen zu revidieren, es muss ein neues System der Atomwaffenkontrolle aufgebaut werden. Im Endergebnis ist es wichtig, Verhandlungen über die Ausarbeitung eines generellen Vertrages über die Reduzierung der Nuklearwaffen aufzunehmen“, so Nasarbajew.

Er schlug den Staaten, auf deren Territorien Testgelände liegen, vor, die Infrastruktur dieser Testgelände zu vernichten. „Kasachstan hat solche Erfahrungen, aber auch Russland und die USA haben sie. Wir sind bereit, unsere Erfahrungen mit anderen zu teilen“, so Nasarbajew.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30208/70/302087043.jpg>

### **mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. mechanisierten Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojtschenko ein Wohngebiet von **Golubowskoje** mit Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. Brigade des Verbrechers Garas **Nishneje Losowoje** mit einem 120mm-Mörser beschossen.

In der Folge des barbarischen Beschusses auf Golubowskoje wurden vier Wohnhäuser in der Jubilejnaja-Straße 66, der Schirokaja-Straße 27, 29 und 41 beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die BFU den Beschuss des Territoriums der Republik fortgesetzt.

So haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade der BFU um 8:45 Uhr das Gebiet von Nishneje Losowoje mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

Nach vorläufigen Informationen konnten Opfer unter der Bevölkerung vermieden werden.

Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt und werden zusätzlich mitgeteilt.

Wir rufen die internationalen Organisationen ein weiteres Mal auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und Druck auf die BFU auszuüben, um den erreichten Waffenstillstand zu erhalten.

Wir erhalten weiter Informationen über Fälle von **Verletzung der militärischen Disziplin und Verbrechen in den Reihen der bewaffneten Formationen der ukrainischen Kämpfer**.

So fand gestern im Gebiet von Swetlodarsk ein weiterer Konflikt zwischen Soldaten einer Aufklärungskompanie der 30. mechanisierten Brigade und Kämpfern der 18. Spezialregiments „Asow“, die Aufgaben im Verantwortungsbereich der Brigade ausführen.

Eine Reihe von Soldaten der 30. Brigade hat am 27. August endlich die Prämien zum Tag der Unabhängigkeit der Ukraine erhalten. Dieser Sachverhalt rief Neid und entsprechendes Verhalten von Seiten der im Verantwortungsbereich der Brigade stationierten Kämpfer des 18.

Verhaltens von Seiten der im Verantwortungsbereich der Brigade stationierten Kämpfer des 18.

Spezialregiments „Asow“ hervor, die solche Zahlungen nicht erhalten. Nach den Worten von Soldaten der Brigade haben die Nationalisten sich über sie lächerlich gemacht und sie beleidigt und sie einer unverdienten Prämie beschuldigt. Solche Handlungen der Nationalisten riefen wiederum eine Aggression von Seiten der Kämpfer der Brigade her. Im Ergebnis des aufgetretenen Konflikts erlitten drei Soldaten der 30. Brigade und fünf Kämpfer von „Asow“ unterschiedliche schwere Verletzungen.

Die Informationen über den Konflikts wurden dem Kommando des Stabs der OOS bekannt, das die Entscheidung getroffen hat, die Einheiten des 18. Spezialregiments „Asow“ außerplanmäßig aus dem Zone der Strafoperation abzuziehen.

#### de.sputniknews.com: **Gekauftes weiterverkaufen: Polen wird Ukraine mit Gas aus den USA versorgen**

Polen wird nach Vereinbarung mit der Ukraine dieses Land mit Erdgas aus US-amerikanischer Produktion versorgen. Einer Mitteilung des polnischen staatlichen Energiekonzerns PGNiG zufolge soll die Lieferung bis Ende 2019 bewerkstelligt werden. „Verflüssigtes Gas wird laut Vertrag Anfang November am LNG-Terminal ‚Lech Kaczyński‘ in Świnoujście (zu Deutsch: Swinemünde) eintreffen. Nach einer Wiederverdampfung soll es in das polnische Gasleitungssystem eingespeist und von dort aus durch die Rohrleitung in Heřmanovice (Tschechien – Anm. d. Red.) in die Ukraine transportiert werden“, heißt es. Die zu liefernde Gasmenge wird nicht angegeben.

PGNiG hatte vor kurzem mehrere langfristige Verträge über den Kauf von verflüssigtem Gas in den USA unterzeichnet. Der auf 24 Jahre befristete Vertrag mit dem US-Unternehmen Cheniere Marketing International sieht die Lieferung von jährlich rund 0,52 Millionen Tonnen Flüssiggas (etwa 0,7 Milliarden Kubikmeter wiederverdampftes Gas) im Zeitraum 2019 bis 2022 und von jährlich 1,45 Millionen Tonnen Flüssiggas (1,95 Milliarden Kubikmeter wiederverdampftes Gas) in den Jahren 2023 bis 2042 vor.

Gemäß dem Vertrag mit dem US-Unternehmen Venture Global LNG sollen jährlich zwei Millionen Tonnen Flüssiggas (2,7 Milliarden Kubikmeter wiederverdampftes Gas) im Laufe von 20 Jahren nach Polen kommen.

Wie PGNiG-Chef Piotr Woźniak sagte, werde das US-amerikanische Flüssiggas Polen 20 bis 30 Prozent weniger kosten als russisches Gas.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30977/84/309778480.jpg>

#### armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.08.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **14-mal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer Kokorjews aus der 92. Brigade und Iwanows aus der

56. Brigade mit Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen die Gebiete von **Trudowskije** und **Krutaja Balka** beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. und der 35. Marineinfanteriebrigade unter Kommando von Gnatow und Palas das Feuer mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf die Gebiete von **Sachanka** und **Grigorowka** eröffnet.

Während des provokativen Beschusses auf das Gebiet von Grigorowka wurde **ein Soldat der Volksmiliz der DVR verletzt**. Dem Verteidiger wurde rechtzeitig ärztliche Hilfe geleistet, sein Leben ist in keiner Weise in Gefahr.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher Poljakow, Anführer der 53. Brigade, Garas, Anführer der 30. Brigade und Prokopenko, Anführer von „Asow“ Befehle erteilt, während des ganzen Tages mit 122mm Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, automatischen und Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf die Gebiete von **Sajzewo, Dolomitnoje, Gorlowka, Schirokaja Balka, die Siedlungen des Bergwerks 6/7, des Gagarin- und des Isotow-Bergwerks** zu schießen.

Infolge des Beschusses wurden fünf Objekte der zivilen Infrastruktur in Gorlowka in der Nemirowitsch-Dantschenko-Straße 7a und 9 und in Sajzewo in der Rybalko-Straße 169 und 214 und der Brusilow-Straße 14 beschädigt.

**Heute Nacht starb bei einer Gefecht mit Nazisten von „Asow“ einer unserer Verteidiger, einer wurde schwer verletzt und drei wurden gefangen genommen.** Wir bringen den Verwandten und Freunden des Toten gegenüber unsere aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck – sein Tod wird nicht unerwidert bleiben.

de.sputniknews.com: **Trumps Sicherheitsberater zu Besuch in Minsk**

Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, ist in Minsk eingetroffen, um Verhandlungen mit den weißrussischen Behörden zu führen. Das teilte die Botschaft der USA in Weißrussland am Donnerstag mit.

„Wir freuen uns darüber, den Berater für nationale Sicherheit, John Bolton, begrüßen zu können, der gekommen ist, um Fragen der regionalen Sicherheit und der Festigung der diplomatischen Beziehungen zu erörtern“, heißt es in einer Twitter-Mitteilung der diplomatischen Vertretung.

Wie die Botschaft zuvor bekanntgegeben hatte, sieht das Aufenthaltsprogramm Boltons für Donnerstag Verhandlungen mit Präsident Alexander Lukaschenko und Außenminister Wladimir Makej vor.

Es werde erwartet, dass Bolton Fragen der regionalen Sicherheit erörtern und die Unterstützung der Souveränität und der Unabhängigkeit Weißrusslands durch die USA bekräftigen werde, hieß es aus der US-Botschaft.

Bolton ist der erste ranghohe Beamte unter den US-Bürgern, die in den letzten Jahren Weißrussland besuchten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32566/73/325667344.jpg>

### Lug-info.com: **Pressekonferenz der stellvertretenden Ministerin für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Tatjana Burjak**

Entsprechend einem Erlass der Regierung der LVR zur Vorbereitung auf den Winter wurden zur Vorbereitung von Objekten des Wohnraums und des sozialen Bereichs Haushaltsmittel zugeteilt. Insgesamt sind von diesem Erlass mehr als 2500 Objekte erfasst.

Mit diesen Mitteln konnten an Wohnhäusern grundlegende Sanierungen vorgenommen werden und nicht nur wie gewöhnlich eine Wartung und anstehenden Reparaturarbeiten und technischen Netzen durchzuführen. Dadurch kann der technische Zustand der Mehrparteienwohnhäuser erheblich verbessert werden.

Die Arbeiten an 1305 Objekten, also 52%, sind bereits abgeschlossen oder in Gang. Zu den Arbeiten werden in großem Ausmaß Bauunternehmen privater und staatlicher Eigentumsform, die auf dem Territorium der Republik registriert sind, herangezogen. Nach den Informationen aus Städten und Bezirken der LVR ist der Wohnraum der Republik zu 75% für den Winter bereit. Von 9682 Wohnhäusern, die die Vorbereitung durchlaufen müssen, sind die Arbeiten bereits an 7257 Häusern abgeschlossen.

Es wurden mehr als 25.000 Quadratmeter Schieferdach, fast 44.000 Quadratmeter Kunststoffdach, mehr als 56.000 Quadratmeter Zufahrten und mehr als 470 Schornsteine sowie fast 14.000 Quadratmeter Haussockel repariert und eine Reihe weiterer Arbeiten durchgeführt.

Was die Heizungswirtschaft betrifft, so müssen in der Republik im ganzen 656 Heizwerke gewartet werden. Bis heute sind 494 davon, das heißt 76% für den Betrieb bereit. 560,6 km oberirdisches Heizleitungssystem müssen gewartet und wenn nötig repariert werden. Das Heizungssystem ist heute zu 86% bereit.

In Brjanka, Krasnyj Lutsch und Perwomajsk sowie in dem Perewalskij- und im Slawjanoserbskij-Bezirk sind die Arbeiten am Heizungssystem der sozialen Objekte bereits vollständig abgeschlossen.

Im ganzen sind 482 km Heizleitungen gewartet worden. Dabei wurden 8460 Meter beschädigte Leitungen ausgetauscht, es wurden 5995 Schließarmaturen überprüft und 196 davon ausgetauscht.

„Sehr wichtig für die Vorbereitung von Mehrparteienwohnhäusern ist, dass die Bevölkerung der kommunalen Dienstleistungen vollständig bezahlt. Deshalb will ich die Bevölkerung aufrufen, die Wohn- und kommunalen Dienstleistungen rechtzeitig zu bezahlen“, sagte die stellvertretende Ministerin.

Sie erläuterte, dass die Zahlungen nicht immer ausreichen, um die notwendigen Arbeiten durchzuführen, der abgenutzte Wohnraum des Republik erfordert die ständige Aufmerksamkeit von Spezialisten.

„Wir rufen alle Einwohner auf, den kommunalen Dienstleistern aktiv bei der Verbesserung des allgemeinen Zustands des Hauses zu helfen“, fügte Burjak hinzu.

### de.sputniknews.com: **Doch mit Sojus-Raketen: Europa will Weltraum gemeinsam mit Russland erforschen**

Russland und Europa wollen zusammen den Weltraum erforschen: Laut Dmitri Rogosin, dem Chef der russischen Weltraumbehörde Roskosmos, werden die Astronauten der Europäischen Weltraumorganisation ESA künftig von russischen Sojus-Raketen zur Internationalen Raumstation (ISS) gebracht.

„Die Europäische Weltraumorganisation ESA ist bereit, ihre Astronauten mit russischen bemannten Raumschiffen zur ISS zu schicken. Der Auftrag zur Ausarbeitung des entsprechenden direkten bilateralen Abkommens zwischen Roskosmos und der ESA wurde

erteilt“, teilte Rogosin via Twitter mit.

Bekanntlich haben europäische Astronauten bis heute gemäß einer Quote der Nasa, der US-amerikanischen Raumfahrtorganisation, im Weltraum geforscht.

Ende Juli war berichtet worden, dass René Pischel, Leiter des Moskauer Büros der ESA, Pläne angekündigt habe, Astronauten mit US-amerikanischen Raumschiffen ins All zu schicken.

Der russische Kosmonaut Pawel Winogradow kommentierte damals die europäische Initiative und sagte, die USA hätten die Entscheidung der ESA beeinflusst.

Dabei zeigte er sich sicher, dass der Verzicht der ESA auf russische Sojus-Raketen keine wesentlichen Auswirkungen auf die russische Raumfahrtindustrie haben und die Anzahl der bemannten Flüge nicht beeinflussen würde.

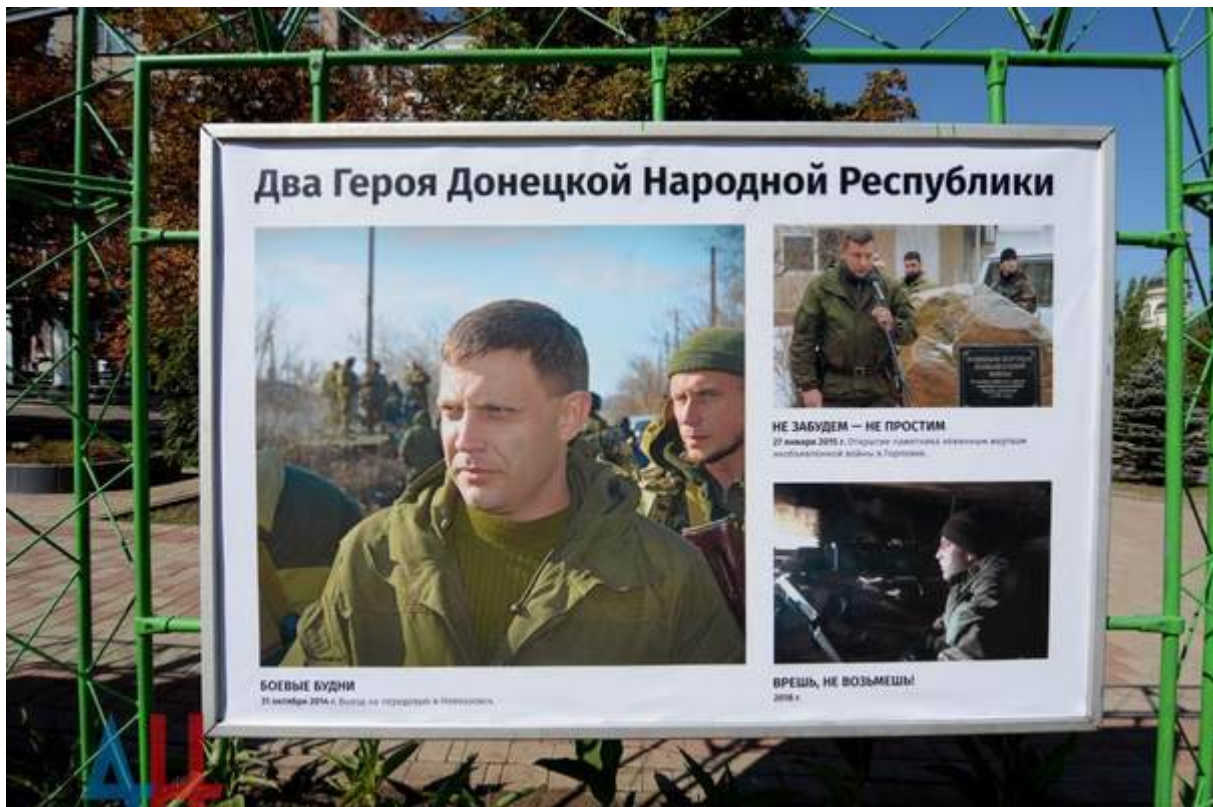


<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32542/18/325421868.jpg>

Dan-news.info: Eine Fotoausstellung „Zwei Helden“ wurde im Zentrum von Donezk im Gedenken an das erste Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko und den Volkskünstler der UdSSR und der DVR Josif Kobson eröffnet. Die Ausstellung befindet sich auf Ständern in der Nähe des Hauses der Regierung und ist frei zugänglich.

Es wurden 40 Ständer aufgestellt. Die Ausstellung besteht aus zwei Teilen. Der zweite wird am 30. August auf dem Platz am Brunnen auf dem Lenin-Platz eröffnet.





[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/08/dan-news.info-2019-08-28\\_11-57-23\\_604973-dsc-1710-1024x682.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/08/dan-news.info-2019-08-28_11-57-23_604973-dsc-1710-1024x682.jpg)

### de.sputniknews.com: **Wiederaufbau syrischer Öl- und Gasindustrie: Krim-Unternehmen bieten ihre Hilfe an**

Unternehmen der Republik Krim, die an der 61. Internationalen Messe in Damaskus teilnehmen, sind bereit, beim Wiederaufbau der syrischen Öl- und Gasbranche und der Bergbauindustrie sowie bei der Verarbeitung von Phosphaten zu helfen. Das sagte der Leiter des Rates der Industrie- und Handelskammer der Krim, Wladimir Klimenko, gegenüber RIA Novosti.

Ihm zufolge hielt eine Delegation der Krim in Damaskus mehrere Treffen mit Vertretern des Industrie- und des Energieministeriums ab. Geplant seien unter anderem Gespräche im Ölministerium. Diese Verhandlungsetappe sei derweil „organisatorischer“ Natur.

„Unser Ziel ist es, am Wiederaufbau der syrischen Industrie teilzunehmen, weil viele Unternehmen entweder zerstört oder außer Betrieb gesetzt wurden. Ich bin gekommen, um unsere Erzeugnisse zu präsentieren, damit wir beim Wiederaufbau des Öl- und Gaskomplexes durch Lieferungen von Ausrüstungen, Chemikalien für die Öl- und Gasförderung sowie beim Projektieren und bei der Lieferung von Ausrüstungen für schwimmende Bohrplattformen helfen können“, sagte Klimenko, der auch als Generaldirektor des Handelsunternehmens „Krimtorg“ tätig ist.

Dabei erinnerte er daran, dass Syrien beträchtliche Vorräte an Eisenerz, Steinsalz, Phosphaten, Rohschotter und Bausand habe. „Krimtorg“ sei bereit, Syrien „modernste Ausrüstungen und Technik“ anzubieten. Zudem wolle das Unternehmen stationäre und fahrbare Kraftwerke sowie Zisternenwagen und Fahrzeuge zur Beförderung von Öl sowie Schmier- und Brennstoff zur Verfügung stellen. ...

**Dan-news.info: Eine Gedenkkundgebung für die durch die ukrainische Aggression getöteten Kinder des Donbass fand heute an einer Schule in einem frontnahen Bezirk der Hauptstadt statt.**

„Auf dem Gebiet der Schule Nr. 57 in Kiewskij-Bezirk von Donezk fand eine Trauerkundgebung „Sie hören nicht die Schulglocke“ statt, die dem Andenken der aufgrund der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine getöteten Kinder gewidmet war“, teilte das Informationsministerium der DVR mit. „Der Ort wurde nicht zufällig gewählt, gerade diese Schule haben die Kiewer Truppen am 1. Oktober 2014 beschossen. Bei der Evakuierung der Kinder starben drei Menschen“.

An der Veranstaltung beteiligten sich hunderte von Menschen. ... Im Hof der Schule wurde ein improvisiertes Denkmal mit Kinderzeichnungen aufgebaut, die aufrufen, den Krieg zu beenden.

Die Anwesenden legten Blumen und Kinderspielzeug an das Denkmal. Von einer Reihe von Teilnehmern wurde eine Schulglocke aus brennenden Kerzen aufgestellt. Die Veranstaltung endete mit einer Schweigeminute.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/08/dan-news.info-2019-08-29\\_13-36-50\\_853955-dsc-0465-1024x679.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/08/dan-news.info-2019-08-29_13-36-50_853955-dsc-0465-1024x679.jpg)

### de.sputniknews.com: **Kosovo als Nato-Übungsplatz: Allianz kündigt „übliches Training“ in der Region an**

Die Kosovo-Truppe unter der Leitung der Nato (kurz KFOR) hat vor dem Hintergrund der instabilen politischen Lage in der autonomen Provinz Kosovo und Metochien in Serbien für die kommenden Tage Übungen in dieser Region angekündigt. Das folgt aus einer Mitteilung der KFOR, die in der Nacht auf Donnerstag veröffentlicht wurde.

„Die KFOR setzt ihre Trainings fort, um bereit zu sein, die Sicherheit aller Menschen im Kosovo zu gewährleisten. In den nächsten Tagen wird es gewisse Verlegungen von KFOR-Einheiten in verschiedenen Teilen des Kosovo geben. Das ist nur ein gewöhnliches Training. Die Situation befindet sich weiter unter Kontrolle, ohne Merkmale für mögliche Bedrohungen“, heißt es.

#### **Lage im Kosovo**

Die Lage im Kosovo bleibt zurzeit wegen der politischen Instabilität gespannt. Am 26. August hatte Hashim Thaçider, Oberhaupt der international nicht anerkannten Republik Kosovo, eine vorgezogene Parlamentswahl für den 6. Oktober angesetzt.

Am 22. August hatte das kosovarische Parlament bei einer Sondersitzung für die Selbstauflösung gestimmt. Für diese Entscheidung votierten 88 von insgesamt 105 anwesenden Abgeordneten.

Am 19. Juli hatte der Kosovo-Premier Ramush Haradinaj seinen Rücktritt verkündet. Der

2017 ins Amt gekommene Haradinaj hatte als Grund für seinen Rückzug angegeben, dass er vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag befragt werden soll. Ihm werden Kriegsverbrechen an der serbischen Bevölkerung während des Kosovo-Kriegs 1999 zur Last gelegt.

### **Kosovo-Konflikt**

Die bewaffnete Konfrontation zwischen albanischen Separatisten aus der Befreiungsarmee des Kosovo und der Armee und Polizei Serbiens führte 1999 zur Bombardierung Jugoslawiens durch Nato-Truppen. Am 17. Februar 2008 erklärten die kosovo-albanischen Strukturen in Pristina einseitig die Unabhängigkeit von Serbien.

Die selbsternannte Republik wird von Serbien, Russland, China, Israel, Iran, Spanien, Griechenland und einer Reihe anderer Staaten nicht anerkannt.

### **Die KFOR**

Die Kosovo-Truppe (kurz KFOR) ist eine im Jahre 1999 nach Beendigung des Kosovo-Krieges aufgestellte multinationale militärische Formation unter der Leitung der Nato. Ihre Aufgabe ist es, gemäß der vom UN-Sicherheitsrat am 10. Juni 1999 beschlossenen Resolution 1244 für ein sicheres Umfeld für die Rückkehr von Flüchtlingen zu sorgen. Das Hauptquartier befindet sich in Pristina, der kosovarischen Hauptstadt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31805/06/318050613.jpg>

### **abends:**

lug-info.com: Die Vorsitzende des staatlichen Komitees für Tarif- und Preisregulierung der LVR Larissa Duchina hat den mittleren Umfang der geplanten Änderungen bei Tarifen für einzelne Wohnungs- und kommunale Dienstleistungen bekannt gegeben.

„Im Zusammenhang damit, dass in verschiedenen Ortschaften bei uns verschiedene Tarife für Wohnraum und Müllabfuhr gelten, die in unterschiedlichen Jahren von den Stadt-, Orts- und Dorfräten festgelegt wurden, gebe ich die durchschnittlichen Ausmaße der geplanten Tariferhöhungen für die Bevölkerung an“, sagte sie.

„Für den Erhalt von Wohnraum wird die Erhöhung im Durchschnitt für eine Standardzweizimmerwohnung 30 bis 100 Rubel im Monat betragen, abhängig vom Zustand des Hauses; für die Müllabfuhr werden es im Durchschnitt 80 Kopeken bis 4,50 Rubel pro Person im Monat sein; für Wasserversorgung und Abwasser bis zu neun Rubel pro Kubikmeter“, erklärte die Leiterin des staatlichen Komitees.

Sie teilte mit, dass das Komitee zusätzlich zu den bereits bestehenden Kontrollfunktionen über die Anwendung von Tarifen die Vollmachten erhalten hat, planmäßige und außerplanmäßige Kontrollen von Unternehmen bezüglich der Einhaltung der Gesetzgebung zur Bildung von Tarifen und der Korrektheit der Ausgaben erhalten hat.



„Die Änderung der Tarif wird es erlauben, wenigstens teilweise solch wichtige Dienste wie laufende Reparaturen, technische Wartung der Netze innerhalb der Häuser, sanitäre Arbeiten in Kellern, wo sie schon bei der Ukraine nicht von den Tarifen erfasst wurden, in die Wohnungszahlungen einzuschließen“, unterstrich Duchina.

Außerdem wird es möglich sein, die Löhne der Beschäftigten der kommunalen Dienste zu erhöhen.

Es handelt sich um die erste Erhöhung in der LVR. Die Tarife sind bisher auf dem Niveau geblieben, das sie 2014 hatten.

Die durchschnittlichen Kosten der Wohn- und kommunalen Dienstleistungen in der LVR betragen weniger als ein Fünftel als in der Ukraine. „Die durchschnittlichen Kosten in der LVR in der Heizsaison betragen für eine Zweizimmerwohnung 1000-1100 Rubel, in Sewerodonezk für die dieselbe Art von Wohnung 5722,20 Rubel“, sagte sie. Dabei werden die Tarife in der Ukraine laufend weiter erhöht.

### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.08.2019**

Die Ereignisse, die in der letzten Zeit an der Kontaktlinie geschehen, bestätigen wieder, dass die Erklärungen über Friedensinitiativen, die in Kiew zu hören sind, nur leere Luftbewegungen sind.

Dem Kommando der OOS erschien der nächtliche Ausfall unzureichend. Heute um 18:30 Uhr haben Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade mit Erlaubnis des Kommandeurs der OOS Krawtschenko unter unmittelbarem Befehl von Palas einen zielgerichteten **Beschuss von Positionen unserer Verteidiger nicht weit von Grigorowka** geplant und durchgeführt.

Entgegen den geltenden Regime der Feuereinstellung und den beschlossenen Zusatzmaßnahmen für dessen Einhaltung, haben die ukrainischen Kämpfer 120mm-Mörser, großkalibrige Maschinengewehre und weitere Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt hat der Gegner auf unsere Positionen 15 Mörsergeschosse abgefeuert.

In der Folge des feindlichen Beschusses **starben drei Soldaten der Volksmiliz, fünf wurden verletzt**. Wir bringen den Verwandten und Freunde der Toten gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck. Die Verletzten erhalten die notwendige Behandlung.

Die heute geschehenen Tragödien mit dem Tod von Verteidigern der Republik sind ein direkter Beweis dafür, dass Selenskij keinerlei Macht über seine Generäle und Obersten in der Zone der Kampfhandlungen hat. Während der Präsident der Ukraine auf internationaler Ebene verspricht, Frieden in den Donbass zu bringen, verschärfen seine Untergebenen die Aggression gegen die Republik.

Diese Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Tropfen Blut unserer Verteidiger, wird der Feind die verdiente Strafe erhalten.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, sich unverzüglich in die derzeitige Verschärfung an der Kontaktlinie einzumischen, die wir als Aggression bewerten, die zu einem direkten Scheitern des erreichten Waffenstillstands führen kann.

### de.sputniknews.com: **Die Ukraine hat einen neuen Regierungschef**

Die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) hat am Donnerstag Alexej Gontscharuk zum Premierminister des Landes ernannt.

Für seine Kandidatur stimmten 290 Abgeordnete bei erforderlichen 226. Die Kandidatur von Gontscharuk war vom ukrainischen Staatschef Wladimir Selenski vorgelegt worden.

Seit dem 25. Juni hatte der 35-jährige Gontscharuk den Posten des Vizeleiters der Präsidentenkanzlei bekleidet. Zuvor war er als Berater des ukrainischen Vizepremiers Stepan Kubiw tätig.

Laut geltender Verfassung muss die Parlamentskoalition die Kandidatur eines neuen Premiers dem Präsidenten vorlegen. Dann legt der Staatschef die Kandidatur dem Parlament zur

Erörterung vor. Für die Bestätigung der Kandidatur sind 226 Abgeordnetenstimmen erforderlich. Die Zusammensetzung eines neuen Kabinetts bringt bereits der neue Premier im Parlament ein. Die Kandidaturen für den Posten des Außen- und des Verteidigungsministers schlägt der Präsident vor.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32566/93/325669392.jpg>

#### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Bei uns gehen erschreckende Informationen über das Schicksal unserer drei Verteidiger ein, die von den ukrainischen Faschisten aus dem Regiment „Asow“ gefangen genommen wurden. Einer der Verletzten, von dem die Nazisten ein Foto ins Internet stellten, befindet sich zurzeit mit zahlreichen Schuss- und Stichverletzungen im 65. mobilen Militärhospital in Tschasow Jar. Seinen Zustand schätzen die Ärzte als ernst ein.

Der Aufenthaltsort der zwei anderen Soldaten ist uns bisher nicht bekannt. Wenn man die Arbeitsmethoden der Nazisten aus den Banden von „Asow“ gegenüber Gefangenen berücksichtigt, ist die Wahrscheinlichkeit nicht groß, sie lebend wiederzusehen.

Die Tatsache der Anwendung von Folter und Misshandlungen in Verletzung von durch die Ukraine unterzeichneten internationalen Konventionen zum Umgang mit Gefangenen liegt im Umgang mit unseren Soldaten offen zu Tage.

Wir rufen die OSZE, das Rote Kreuz, die UNO und andere internationale Organisationen auf, bei der Feststellung ihres Aufenthaltsorts Unterstützung zu leisten, unverzüglich Maßnahmen zur Beendigung der Misshandlungen an den gefangen genommenen Soldaten zu ergreifen! Nur Ihre Einmischung und Kontrolle über die Leistung der notwendigen qualifizierten medizinischen Behandlung wird dabei helfen, ihr Leben zu erhalten!

Es ist wichtig anzumerken, dass das Fehlen einer Reaktion auf die Handlungen der Faschisten aus „Asow“ von Seiten der offiziellen Behörden der Ukraine, bezüglich des Ausfalls von Diversanten während der Gültigkeit des Waffenstillstands und die Gefangennahme unserer Verteidiger, die Förderung der aggressiven Handlungen der ukrainischen Kämpfer nur unterstreicht.

Dies zeigt ein weiteres Mal die vollständige Hilflosigkeit des obersten Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Selenskij bei der Leitung des Militärs in der Kampfzone, dessen Anweisungen werden von der ukrainischen Militärclique vollständig ignoriert.

#### de.sputniknews.com: **Minsk kommentiert Absage an Polen-Besuch durch Lukaschenko**

Der Sprecher des weißrussischen Außenministeriums, Anatoli Glas, hat am Donnerstag zu den Medienberichten Stellung genommen, warum Präsident Alexander Lukaschenko den Besuch in Polen anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges abgesagt hat.

„Man sollte sich nicht mit irgendwelchen Verschwörungstheorien befassen. Wir sind der polnischen Seite dankbar für die Einladung. Das Thema des Zweiten Weltkrieges, des Großen



Vaterländischen Krieges ist für uns aber heilig. Wir haben immer eine transparente und klare Herangehensweise dazu“, sagte Glas gegenüber Journalisten.

Ihm zufolge hatten die Völker der UdSSR den grundlegenden Beitrag zum Sieg über den Nazismus geleistet. „Die Befreiung Ost- und Zentraleuropas, die endgültige Zerschlagung des Nazismus in Deutschland wurden dank den heldenhaften Anstrengungen der multinationalen Roten Armee möglich“, so der Chefdiplomat.

Dies verkleinere nicht die Rolle der Armeen der Verbündeten. Es sei aber zumindest historisch falsch, „den Beitrag der Unionsrepubliken zum Sieg anders zu interpretieren oder zu teilen“.

Unter anderem machte der Außenminister darauf aufmerksam, dass Kasachstan, die zentralasiatischen Länder und Russland nicht nach Warschau eingeladen wurden.

„Zugleich ist für uns die Teilnahme an der Gedenkfeier am 1. September angesichts der Besonderheiten unserer Geschichte die Ehrung aller Opfer der Anfangsetappe des Zweiten Weltkrieges“, sagte Glas abschließend.

Zuvor hatte das weißrussische Außenministerium mitgeteilt, dass der Botschafter des Landes in Warschau, Wladimir Tschuschew, Minsk bei der Gedenkfeier in Polen vertreten werde. Dabei habe Warschau die Einladung an den weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko gerichtet.

Am Mittwoch hatte die Zeitung „Rzeczpospolita“ unter Verweis auf eine gut unterrichtete Quelle in Minsk geschrieben, dass Lukaschenko einen Besuch in Polen anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges abgelehnt habe, weil der russische Präsident Wladimir Putin nicht zu den Feierlichkeiten eingeladen wurde.

In Polen findet jährlich am Tag des deutschen Angriffes auf das Land und des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September eine Gedenkfeier statt.

**Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde haben die BFU um 19:50 Uhr das Feuer mit Schusswaffen auf **Sajzewo** eröffnet.**

**Dabei geriet ein Wohnhaus in der Rybalko-Straße 161 in Brand.**

**Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.**

**Über den ganzen Tag hinweg verübten die BFU provokative Beschießungen in Richtung Gorlowka unter Einsatz verschiedener Arten von Waffen, darunter von den Minsker Vereinbarungen verbotenen. Am heutigen Tag hat der Gegner **achtmal das Feuer auf Gorlowka und seine Umgebung eröffnet.****

**Wir rufen die OSZE-Mission auf, mit einer aktiven Positionen zur Frage der Unzulässigkeit von Kriegsverbrechen auf dem Territorium des Donbass aufzutreten sowie die Folgen des Beschusses festzuhalten und in ihren Berichten zum Ausdruck zu bringen.**

**de.sputniknews.com: EU erwägt Idee „koordinierter maritimer Präsenz“ – Mogherini**

Die EU-Verteidigungsminister ziehen derzeit das Konzept einer „koordinierten maritimen Präsenz“ in einer Reihe strategischer Regionen in Erwägung. Die Idee befindet sich laut EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini jedoch noch im Anfangsstadium.

Am Donnerstag startete in der finnischen Hauptstadt Helsinki ein informelles zweitägiges Treffen der Verteidigungsminister der EU-Länder, bei dem unter anderem das Thema der maritimen Sicherheit erörtert wurde:

„Wir haben heute das Konzept einer koordinierten maritimen Präsenz in einer Reihe von Regionen, die für die EU von strategischem Interesse sind, besprochen“, sagte Mogherini und stellte fest, dass die Idee „vor ein paar Monaten“ vorgeschlagen wurde und nicht direkt mit der Situation in der Straße von Hormus zusammenhänge.

Ihr zufolge bietet das Konzept den EU-Ländern die Möglichkeit, „Informationen aufgrund von Daten zu erhalten und auszutauschen, die von in diesen Regionen tätigen nationalen

Seestreitkräften stammen“.

Sie schloss jedoch nicht aus, dass dieses Konzept in Zukunft auch für die Situation um die Straße von Hormus gelten könnte. Momentan sei es aber in der Anfangsphase und werde deshalb im Golf von Guinea eingesetzt.

Zuvor hatte der britische Ex-Außenminister Jeremy Hunt erklärt, Großbritannien wolle eine gesamteuropäische Mission zum Schutz von Handelsschiffen in der Straße von Hormus initiieren, nachdem der Iran den britischen Öltanker „Stena Impero“ festgesetzt hatte. Wie der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian äußerte, arbeite Frankreich gemeinsam mit Großbritannien und Deutschland an „einer europäischen Initiative“, um die maritime Sicherheit im Persischen Golf zu gewährleisten. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32566/80/325668023.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, beschießen die BFU seit 20:00 Uhr massiv **Kominternowo** unter Einsatz von Mörsern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Infolge von direkten Treffern von Geschossen entstanden ein Brände an Infrastrukturobjekten und Wohnhäusern:

- Achmatowa-Straße 27 – Kulturhaus;
- Tschernjachowskij-Straße 4 und 6.

Der Beschuss hält derzeit an. Genauere Informationen werden ermittelt.

### Lug-info.com: **Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego zu den Ergebnissen der Videokonferenz der Kontaktgruppe**

Heute fand eine Videokonferenz der Minsker Kontaktgruppe statt, deren Hauptthema die Reparatur der Brücke am Passierpunkt in Staniza Luganskaja war.

Auf nachdrückliche Forderung der DVR nahmen an der Sitzung außer den Mitgliedern der Kontaktgruppe technische Spezialisten teil, die sich unmittelbar mit der Frage der Reparatur der Brücke befassen, sowohl von Seiten der LVR als auch von der ukrainischen Seite.

Dank dessen ist es uns endlich gelungen, von der Ukraine ein konkretes Datum für den Beginn der Reparaturarbeiten an der Fahrbahn der Brücke zu hören, die von den ukrainischen Kämpfern im März 2015 gesprengt wurde. Am 4. Oktober planen die ukrainischen Reparaturarbeiter unmittelbar mit dem Wiederaufbau der gesprengten Überfahrt der Brücke zu beginnen und diese Arbeiten bis zum 18. November abzuschließen.

Wir hoffen, dass es in der nächsten Zeit auch gelingen wird, die grundlegenden Parameter der neuen Überfahrt zu erfahren, obwohl die ukrainische Seite sich systematisch vor dieser Verpflichtung drückt – uns in die technischen Charakteristika zur Verfügung zu stellen. Zweifellos werden wir erreichen, dass die Brücke für die Passage der Menschen bequem sein wird.

Wir hoffen, dass die genannten Fristen durch ein reales Ergebnis befestigt werden. Dass die ukrainische Seite die Fragen der Reparatur der Brücke nicht mehr politisieren wird und ihre Verpflichtungen aus der heutigen Diskussion erfüllen wird.

Unsere Seite ist vollständig zu einer gleichzeitigen Erfüllung ihres Teils der Reparatur der übrigen Brücke bereit: Wiederaufbau der durch ukrainischen Beschüsse beschädigten tragenden Konstruktionen, der Geländer der Brücke und die Reparatur der Asphaltdecke. Bei Notwendigkeit können wir nach Kräften jegliche Unterstützung leisten, damit friedliche Menschen im Winter die Kontaktlinie unter normalen Bedingungen passieren können.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Gazprom sieht Baulermeine nicht gefährdet**

Der russische Gasgigant Gazprom sieht den Terminplan für den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 vorerst nicht gefährdet. Das teilte der Chef des Finanzdepartments des Konzerns, Alexander Iwanikow, am Donnerstag bei einer Telefonkonferenz mit.

Auf die noch ausbleibenden Baugenehmigungen eingehend, äußerte der Manager die Hoffnung, dass die zuvor geplanten Termine eingehalten werden. „Wir sind nicht in der Risikozone“, fügte er hinzu.

Dänemark ist das einzige Land, das bislang keine Genehmigung für den Bau der Pipeline erteilt hat. Die anderen Ostsee-Anrainer, durch deren Gewässer die Leitung verläuft - Deutschland, Finnland, Schweden, Dänemark und Russland – haben die notwendigen Formalitäten schon längst erledigt.

Mehrere Experten sind der Ansicht, dass die Position Kopenhagens das Projekt um Monate hinauszögern und Zusatzkosten in Millionenhöhe verursachen wird.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen von der russischen Küste auf dem Grund der Ostsee bis zur Küste Deutschlands parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream vor. Die geplante Durchsatzkapazität beträgt insgesamt 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Ursprünglichen Plänen zufolge dürfte die Leitung noch im laufenden Jahr fertig gebaut werden.

Die USA stehen dem Projekt kritisch gegenüber. Sie üben weiterhin Druck auf die europäischen Länder und insbesondere auf Deutschland aus, um sie zum Verzicht auf den Pipeline-Bau zu bewegen – bislang ohne greifbares Ergebnis.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Während des gestrigen und heutigen Tages wurde am Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ eine gemeinsame Kontrolle des von der LVR kontrollierten Territoriums durch technische Kräfte des Zivilschutzministeriums der Ukraine und des Zivilschutzministeriums der LVR auf das Vorhandensein explosiver Objekte durchgeführt.

Die Kontrolle war dadurch bedingt, dass die ukrainische Seite sich an uns mit der Bitte gewandt hatte, ihr die Möglichkeit zu geben, die Örtlichkeit die vom Zivilschutzministerium der LVR entmint wurde, zu überprüfen. Wir unsererseits haben ihnen diese Möglichkeit gegeben, damit sie die Durchführung der Arbeiten verifizieren können und bald mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen beginnen, namentlich mit der Reparatur des zerstörten Teils der Brücke.

Die LVR behindert effektive Arbeiten zum Wiederaufbau der Brücke über den Sewerskij Donez nicht, sondern befördert sie und erfüllt ihre Verpflichtungen im vollen Umfang und als Geste des guten Willens verhält sie sich aufmerksam der nicht von den Vereinbarungen vorgesehenen Bitte der ukrainischen Seite gegenüber. Unsererseits rechnen wir mit symmetrischen Handlungen der ukrainischen Seite und rechnen als erwidern Schritt auf die Möglichkeit die Örtlichkeit zu untersuchen, die von den technischen Kräften des Zivilschutzministeriums der Ukraine entmint wurden.

de.sputniknews.com: **Nach Weißrussland nun auch Armenien: Eriwan bleibt Gedenkveranstaltungen in Polen fern**

Die Staatsführung Armeniens wird laut dem Außenminister des Landes, Zohrab Mnatsakanyan, trotz der Einladung nicht an den Gedenkveranstaltungen teilnehmen, die Polen am 1. September anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges abhalten will.

„Dies ist eine Grundsatzfrage. Wir vertreten ein Land, das in direktem Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg stand. Unsere Großväter haben in der Sowjetarmee gegen den Nazismus gekämpft“, sagte Mnatsakanyan am Donnerstag gegenüber Journalisten. Ihm zufolge hat Armenien „einen sensiblen Ansatz bezüglich der Art und Weise, wie solche Veranstaltungen auf verschiedenen Plattformen organisiert werden“.

Die russische Delegation hat keine Einladung zu den Feierlichkeiten in Polen erhalten. Im Kreml wurde diese Tatsache negativ wahrgenommen. Warschau ignoriere die historische Logik, so der Standpunkt des russischen Außenministeriums.

Zuvor hatte das Außenministerium Weißrusslands mitgeteilt, dass der Präsident des Landes, Alexander Lukaschenko, am 1. September nicht an der Zeremonie in Polen teilnehmen werde. Als Grund dafür gab das Außenministerium an, dass nicht alle Republiken, die Teil der UdSSR waren, zu Gedenkveranstaltungen in Warschau eingeladen wurden.

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Heute wurde auf Initiative der OSZE-Mission eine außerordentliche Sitzung der Kontaktgruppe im Rahmen einer Videokonferenz durchgeführt, deren Tagesordnung die vorläufige Bilanz der Reparatur der Brücke am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln in Staniza Luganskaja war.**

**Aber die Geschehnisse heute an der Kontaktlinie haben gezwungenermaßen zu Änderungen der Tagesordnung geführt – die bevollmächtigte Vertreterin der DVR erklärte, dass die Aktivität von Diversions- und Erkundungsgruppen der BFU zu genommen hat und es im Zusammenhang damit zu einem tragischen Vorfall in Richtung Gorlowka kam, in dessen Folge drei Soldaten der Volksmiliz getötet wurden und weitere drei gefangen genommen wurden.**

**„Wir haben uns mit der Bitte an die OSZE gewandt, maximale Unterstützung bei der Suche und Rückkehr unserer Soldaten zu leisten sowie ihren Status und ihren Zustand zu kontrollieren. Die Vertreter der Mission haben unsere Bitte entgegen genommen und vorgeschlagen zu dieser Frage am 4. September bei der Sitzung in Minsk zurückzukehren“, sagte die Außenministerin Natalja Nikonorowa.**

**Sie erklärte auch, dass die Situation an der Kontaktlinie im Ganzen ernsthafte Besorgnis hervorruft: die Verstöße von Seiten der BFU enden nicht und nehmen eine negative Tendenz an.**

**„Im Zusammenhang mit dem Geschehen erinnerten wir alle Mitglieder an die entsprechenden Ermittlungen und die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen und forderten von der ukrainischen Seite, diese auszuführen. Nach unserer festen Überzeugung werden die Verstöße weitergehen, solange kein Mechanismus zur Bestrafung der Schuldigen besteht. Wir hoffen auf eine aktive Positionen der Mediatoren des Verhandlungsprozesses, weil die Vertreter Kiews bisher eigenständig keine einzige Ermittlung zu den Fällen von Verletzung des Waffenstillstands veröffentlicht haben, über die wir zuvor berichtet haben und die von der OSZE-Mission in ihren täglichen Berichten festgehalten wurden“, stellte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR fest.**

de.sputniknews.com: **Bolton vermeldet erfolglose Gespräche mit Lukaschenko**

Beim Treffen mit dem weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko am Donnerstag in Minsk sind laut dem US-Sicherheitsberater John Bolton keinerlei konkrete Entscheidungen über Problemfragen in den Beziehungen zwischen beiden Ländern getroffen worden.

„Das war ein sehr wichtiges Treffen. Wir sind dabei aber zu keinen konkreten Lösungen gekommen. Es war aber sehr wichtig, alle diese Fragen zu besprechen“, sagte Bolton am Rande des Treffens gegenüber Journalisten.

Bolton hat nach seinen eigenen Worten ein langes Gespräch mit dem Präsidenten Weißrusslands geführt. Es habe etwa zwei Stunden gedauert und einen breiten Kreis von Themen beinhaltet, darunter Politik, Wirtschaft und Sicherheitsfragen in der Region und der Welt.

Wie Bolton weiter betonte, habe er bei dem Treffen mit Lukaschenko die Frage in Bezug auf die Wiederherstellung der diplomatischen Präsenz auf der Botschaferebene zwischen beiden Ländern nicht angeschnitten. „Wir haben diese Frage nicht erörtert“, sagte Bolton.

„Wir müssen einen Fortschritt in gewissen Bereichen sehen, um einen Fortschritt bei der Wiederherstellung der diplomatischen Präsenz (auf Botschaferebene – Anm. d. Red.) erzielen zu können“, so Bolton.

Der US-Sicherheitsberater fügte hinzu, er habe nicht geplant, bei diesem Minsk-Besuch eine Entscheidung über diese Frage zu erzielen.

Es gebe gewisse Differenzen zwischen beiden Ländern hinsichtlich der Menschenrechte und der Nichtweiterverbreitung von Waffen, die zu lösen seien. Zudem habe die neue geopolitische Realität in Osteuropa, auf die bei der Zusammenarbeit Rücksicht genommen werden solle, auf der Tagesordnung des Treffens gestanden.

„Ohne solche Gespräche und Diskussionen ist die Lösung dieser (problematischen – Anm. d. Red.) Fragen unmöglich“, unterstrich Bolton.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern hatten sich nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 2006 in Weißrussland zugespitzt, bei der Lukaschenko den Sieg errungen hatte. Damals hatte Washington Minsk vorgeworfen, gegen die Menschenrechte verstoßen zu haben, und Sanktionen verhängt.

2015 hatte Lukaschenko internationale Beobachter zu den Wahlen zugelassen und einen Teil der politischen Häftlinge freigelassen. Danach hoben die USA die Sanktionen zum Teil auf. Bolton ist der ranghöchste Vertreter der USA, der Weißrussland in den vergangenen 20 Jahren besucht hat.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32567/00/325670068.jpg>

### **Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.08.2019**

Die ukrainischen Besatzer unterlassen die Versuche, die Lage an der Kontaktlinie zu destabilisieren, nicht. Darunter leiden friedliche Einwohner des Donbass.

So haben die Kämpfer aus der 30. Brigade um 19:50 Uhr **Sajzewo (jushnoe)** mit Schusswaffen beschossen, dabei entstand ein Brand an einem Haus in der Rybalko-Straße



161.

Gleichzeitig damit haben Kämpfer aus der 36. Brigade um 20:20 Uhr **Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen beschossen, dabei gerieten drei Häuser in der Achmatowa-Straße 27 und der Tschernjychowskij-Straße 4 und 6 in Brand.

Soldaten der Volksmiliz der DVR unternehmen gemeinsam mit dem Zivilschutzministerium der DVR Maßnahmen zur Löschung der Brände in den Häusern von Kominternowo und Sajzewo.

Wir fordern von der Weltöffentlichkeit, dringend Maßnahmen zu ergreifen und auf die ukrainischen Besatzer einzuwirken, um eine weitere Runde des Blutvergießens in unserem Land zu verhindern.